

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

43. Sitzung

am Donnerstag, dem 23. Mai 2001, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Ursula Kähler (SPD)

Vorsitzende

Wolfgang Fuß (SPD)

Renate Gröpel (SPD)

Günter Neugebauer (SPD)

Anna Schlosser-Keichel (SPD)

in Vertretung von Holger Astrup

Hans-Jörn Arp (CDU)

Reinhard Sager (CDU)

Berndt Steincke (CDU)

Rainer Wiegard (CDU)

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Helmut Jacobs (SPD)

Thomas Stritzl (CDU)

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Modellprojekt „Globalisierung und Flexibilisierung des Haushaltswesens im Bereich der Forstverwaltung“ hier: § 10 a LHO Berichterstattung gegenüber dem Landtag Vorlage des Ministeriums für Umwelt, Natur und Forsten Umdruck 15/990	5
2. Auflösung des zugeordneten Amtes nach § 5 Abs. 2 LVwG mit der Bezeichnung „Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein - Museumsamt“ Vorlage des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur Umdruck 15/989	6
3. Verwaltungsvereinbarung über die Förderung des Wohnungswesens im Programmjahr 2001 Vorlage des Innenministeriums Umdruck 15/1019	7
4. Entwurf eines Gesetzes zur Erhöhung des Trinkgeldfreibetrages (Bundratsdrucksache 770/00 vom 24.11.2000) Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/655 Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 15/671 Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 15/686	8
5. a) Ergebnisse des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom 15. bis 17. Mai 2001 in Mannheim Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 15/995 b) Haushaltssperre gemäß § 41 LHO Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 15/993	9
6. Bericht des Ministeriums für Finanzen und Energie über den Stand des Verkaufs von LEG-Anteilen	11
7. Beihilferechtliche Situation von kassenzugelassenen Sprachheilpädagogen Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 15/985	12

-
- | | |
|---|-----------|
| 8. Sachstandsbericht des Ministers für Finanzen und Energie über den Neubau der Landesvertretung in Berlin | 13 |
| 9. Veräußerung der Liegenschaft - ehem. Katasteramt Ostholstein - in Oldenburg i. H., Hoheluftstraße 10
Zustimmung des Finanzausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages gem. VV Nr. 4.9 zu § 64 LHO
Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 15/1072
hierzu: Umdruck 15/1120 | 14 |
| 10. Antrag auf Einwilligung in unvorhergesehene dringliche Ausgaben gemäß § 6 Abs. 2 Haushaltsgesetz 2001
Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 15/991 | 15 |
| 11. Rechnung des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein für das Haushaltsjahr 1999
Schreiben des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Umdruck 15/1065 | 16 |
| 12. Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Bewertungsgesetzes und des Erbschaftsteuergesetzes im Bundesrat
Bericht der Landesregierung in der 30. Sitzung des Landtages am 10. Mai 2001
- Verfahrensfragen - | 17 |
| 13. Information/Kenntnisnahme | 18 |
| 14. Verschiedenes | 18 |

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die **Beschlussfähigkeit** des Ausschusses fest. Die **Tagesordnung** wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Modellprojekt „Globalisierung und Flexibilisierung des Haushaltswesens
im Bereich der Forstverwaltung“
hier: § 10 a LHO Berichterstattung gegenüber dem Landtag**

Vorlage des Ministeriums für Umwelt, Natur und Forsten
Umdruck 15/990

Der Ausschuss nimmt die Vorlage ohne Aussprache zustimmend zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Auflösung des zugeordneten Amtes nach § 5 Abs. 2 LVwG mit der Bezeichnung „Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein - Museumsamt“

Vorlage des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur
Umdruck 15/989

Der Ausschuss nimmt die Vorlage ohne Aussprache zustimmend zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Verwaltungsvereinbarung über die Förderung des Wohnungswesens im
Programmjahr 2001**

Vorlage des Innenministeriums
Umdruck 15/1019

Der Ausschuss nimmt die Vorlage ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Erhöhung des Trinkgeldfreibetrages
(Bundratsdrucksache 770/00 vom 24.11.2000)**

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/655

Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 15/671

Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 15/686

(überwiesen am 25. Januar 2001)

Abg. Fuß knüpft an die erste Lesung des Gesetzentwurfs an und stellt heraus, die Koalitionsfraktionen seien nach wie vor der Auffassung, dass der Gesetzentwurf der Steuersystematik insgesamt widerspreche.

Mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU werden die Vorlagen abgelehnt.

Punkt 5 der Tagesordnung:

a) Ergebnisse des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom 15. bis 17. Mai 2001 in Mannheim

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 15/995

b) Haushaltssperre gemäß § 41 LHO

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 15/993

M Möller trägt das Ergebnis des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ sowie den Erlass über die Haushaltssperre vor.

Abg. Wiegard gibt seiner Verwunderung darüber Ausdruck, dass nicht etwa Haushaltsrisiken in der Größenordnung von 400 Millionen DM, sondern eine Mehrbelastung „von ganzen 61 Millionen DM“ und somit von lediglich 0,3 % des Haushaltsvolumens den Finanzminister zu den ins Auge gefassten Maßnahmen veranlassten.

Abg. Neugebauer erklärt, dass der Finanzminister die Unterstützung der SPD-Fraktion habe. Es sei Aufgabe des Parlaments, im Rahmen eines Nachtragshaushalts über die Prioritäten zu befinden; auf den Haushaltsvollzug habe das Parlament keinen Einfluss.

Abg. Heinold zeigt Verständnis dafür, „dass die Opposition immer an der Regierung herumäkeln muss“: Wenn keine Haushaltssperre und kein Nachtragshaushalt erforderlich seien, schreie die CDU regelrecht danach; erlasse der Finanzminister dagegen eine Haushaltssperre und kündige einen Nachtragshaushalt an, werde dies ebenfalls kritisiert. Diese Haltung finde ihre Begründung möglicherweise darin, dass der Opposition nach einer langen Oppositionszeit der Bezug zu Zahlen und zur Realität verloren gehe. Es sei verfehlt, von einer Mehrbelastung von 0,3 % zu reden. Betrachtet werden dürfe nicht der gesamte Haushalt; vielmehr müssten bei derartigen Überlegungen zuvor die festen Ausgaben abgezogen werden. Vor diesem Hintergrund „sind 60 Millionen DM weniger verdammt viel Geld“.

M Möller geht auf eine Bemerkung des Abg. Kubicki ein und stellt heraus, dass die Beträge, um die einzelne Titel im Nachtragshaushalt gekürzt werden sollen, vom Zeitpunkt der Be-

schlussfassung durch das Kabinett bis zur Verabschiedung des Nachtragshaushalts durch das Parlament als Folge der Haushaltssperre den Ressorts nicht zur Verfügung stehen. Im Übrigen sei es nicht möglich, sich zum heutigen Zeitpunkt an Aussagen über das Wirtschaftswachstum, die zum Zeitpunkt der Aufstellung des zur Diskussion stehenden Haushalts gemacht wurden, zu orientieren. Auf diese Thematik - so betont M Möller abschließend - werde er in der bevorstehenden Landtagstagung besonders eingehen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Bericht des Ministeriums für Finanzen und Energie über den Stand des Verkaufs von LEG-Anteilen

M Möller erklärt einleitend, dass er wegen der Zugehörigkeit zum Aufsichtsrat der Hamburgischen Landesbank an den Verkaufsverhandlungen nicht beteiligt gewesen sei.

St Döring merkt an, dass die Landesregierung von der im Haushaltsgesetz ausgewiesenen Verkaufsermächtigung Gebrauch gemacht habe. Die Verhandlungen seien in großen Zügen abgeschlossen.

Das Verhandlungsergebnis in seiner Gesamtheit werde das Ministerium dem Ausschuss demnächst in vertraulicher Sitzung vorlegen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Beihilferechtliche Situation von kassenzugelassenen Sprachheilpädagogen

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 15/985

Abg. Neugebauer erklärt, das Bemühen von St Döring, sich für eine bundeseinheitliche Regelung zu verwenden, sei anzuerkennen, dennoch bleibe es bedauerlich, dass es nicht dazu habe kommen können. Die SPD neige in der Tendenz dazu, vor dem Hintergrund der Qualifizierung der Sprachheilpädagogen eine Anerkennung in Form eines Landesspezifikums zu schaffen.

Abg. Heinold und Abg. Wiegard schließen sich dieser Haltung an.

St Döring bittet, dem Ministerium Gelegenheit zu geben, dem Ausschuss mögliche Folgen einer derartigen Entscheidung schriftlich darzustellen. Abg. Neugebauer ist mit diesem Vorschlag einverstanden, bittet aber, in der schriftlichen Darstellung aufzuzeigen, ob es Möglichkeiten gebe, durch Ausschöpfung eines Ermessensspielraums das Gewünschte unbürokratisch und zügig sowie durch Umqualifizierung oder Umbenennung umzusetzen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Sachstandsbericht des Ministers für Finanzen und Energie über den Neubau der Landesvertretung in Berlin

St Döring berichtet in großen Zügen über die Probleme im Zusammenhang mit dem Neubau der Landesvertretung in Berlin und legt dem Ausschuss gleichzeitig eine als „vertraulich“ qualifizierte Unterlage - Umdruck 15/1121 - vor.

Abg. Heinold bezeichnet die so genannte Kette - Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Generalunternehmer, Nachunternehmer - als rechtlich einwandfrei und erklärt, dass das Verhalten des Generalunternehmers möglicherweise Methode habe. Abg. Arp fügt hinzu, dass das Land Schleswig-Holstein als Bauherr in die Angelegenheit mindestens moralisch involviert sei.

M Möller greift eine Bemerkung des Abg. Kubicki auf und stellt heraus, Einigkeit bestehe darin, kurzfristig dem Nachunternehmer zu helfen. Ref. Kraemer fügt hinzu, dass das Wirtschaftsministerium seit etwa fünf Wochen darüber informiert sei, dass die Firma Osten & Brandt beim Bau der Landesvertretung in Berlin Schwierigkeiten habe. Ins Auge gefasst sei die interne Einrichtung eines so genannten runden Tisches, jedoch müsse zuvor die wirtschaftliche Situation des Unternehmens aufbereitet sein. Man hoffe, Ende nächster Woche zu einem ersten Gespräch zusammentreten zu können.

Die Vorsitzende bittet, dem Finanzausschuss über das Ergebnis der Gespräche des runden Tisches zu unterrichten.

Punkt 9 der Tagesordnung:

**Veräußerung der Liegenschaft - ehem. Katasteramt Ostholstein - in Oldenburg i. H., Hoheluftstraße 10
Zustimmung des Finanzausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages gem. VV Nr. 4.9 zu § 64 LHO**

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 15/1072

hierzu: Umdruck 15/1120

St Döring nimmt Bezug auf das Schreiben von RA Dr. Kratzmann, Umdruck 15/1120, und erklärt, dass der Antrag vom 24. April 2001 auf Zustimmung zur Veräußerung, Umdruck 15/1072, zurückgezogen werde.

Punkt 10 der Tagesordnung:

**Antrag auf Einwilligung in unvorhergesehene dringliche Ausgaben gemäß
§ 6 Abs. 2 Haushaltsgesetz 2001**

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 15/991

Die erbetene Einwilligung in unvorhergesehene dringliche Ausgaben, Umdruck 15/991, wird ohne Aussprache einstimmig erteilt.

Punkt 11 der Tagesordnung:

Rechnung des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein für das Haushaltsjahr 1999

Schreiben des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Umdruck 15/1065

Der Ausschuss verständigt sich darauf, die Vorlage der Arbeitsgruppe „Haushaltsprüfung“ zu überweisen und legt gleichzeitig als Termin für die Prüfung der Rechnung des Landesrechnungshofs Donnerstag, 14. Juni 2001, im Anschluss an die Sitzung des Finanzausschusses, fest.

Punkt 12 der Tagesordnung:

**Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Bewertungsgesetzes
und des Erbschaftsteuergesetzes im Bundesrat**

Bericht der Landesregierung in der 30. Sitzung des Landtages am 10. Mai 2001

- Verfahrensfragen -

M Möller teilt mit, dass sich nach der gegenwärtigen Beschlusslage lediglich vier Länder für den Antrag Schleswig-Holsteins aussprechen und dass die Mehrheit dem Bundesrat empfehlen werde, die Gültigkeit des Bewertungsgesetzes um zwei Jahre zu verlängern.

Der Ausschuss verständigt sich auf Vorschlag der Vorsitzenden dahin, das Thema zu gegebener Zeit wieder aufzugreifen.

Punkt 13 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Der Ausschuss nimmt die folgenden Vorlagen zur Kenntnis:

Umdruck 15/992 - Steueraufkommen SH I/2001

Umdruck 15/1073 - entgeltliche Eigentumsübertragung

Umdruck 15/1074 - Privatisierung von Landesbanken und Sparkassen

Zu Umdruck 15/1038 - üpl. und apl. I/2001:

Das Wirtschaftsministerium wird gebeten, die außerplanmäßige Ausgabe bei Titel 0604-526 07 schriftlich zu erläutern.

Zu Punkt 14 der Tagesordnung, **Verschiedenes**, liegt nichts vor.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 12:00 Uhr.

gez. U. Kähler

Vorsitzende

gez. R. Breitkopf

Geschäfts- und Protokollführer